

## Resolution

der Vollversammlung der AGABY

### **Nachhaltige Bekämpfung des Rassismus in der Mitte der Gesellschaft**

**Die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns mahnen zur konsequenten Bekämpfung des Rassismus in der Gesellschaft und fordern eine aktive Gleichstellungspolitik. Unser aller Ziel sollte es sein, dass ein- und zugewanderte Menschen als selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden.**

Um Rechtsradikalen und Rechtspopulisten mit ihren rassistischen Parolen nachhaltig Einhalt zu gebieten, ist ein couragiertes Bekenntnis zu Vielfalt, Toleranz und Gleichbehandlung der Religionen durch Politik und Gesellschaft notwendig. Es bedarf einer konsequenten Integrationspolitik, damit alle Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen, religiösen, kulturellen und sozialen Herkunft die gleichen Chancen zur Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft haben.

Die Versuche von einigen Parteien und Politiker/innen, die rassistischen Parolen der Rechtspopulisten selbst zu übernehmen und so die Wünsche des rechten Lagers nach einer restriktiveren Integrations-, Migrations- und Flüchtlingspolitik zu erfüllen, ist keine Lösung und macht Rassismus in der Mitte der Gesellschaft weiter salonfähig.

Seit Jahrzehnten werden in der Politik Einwanderer und Flüchtlinge – wider besseren Wissens – als Bürgerinnen und Bürger zweiter, sogar dritter Klasse behandelt: Sie werden nicht als diejenigen wahrgenommen, die einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand der Gesellschaft und zur Stabilisierung der Sozialsysteme leisten. Stattdessen wird suggeriert, dass Migrantinnen und Migranten die Sozialkassen missbrauchen würden. Die gesellschaftliche Vielfalt wird nicht als Ressource und Chance wahrgenommen, sondern als Gefahr. Man setzt den Islam sofort mit extremistischem Terror gleich. Die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland und Europa wurde lange bestritten. Aus wahltaktischem Kalkül werden Ängste in der Bevölkerung geschürt. Rassistischen Vorurteilen wird nicht entschieden entgegengetreten. Nun werden Migrantinnen und Migranten im Allgemeinen, Flüchtlinge und Muslime im Speziellen wieder zu Sündenböcken stilisiert und zum Ziel rassistischer Anfeindungen gemacht, um den zunehmenden Sozialabbau, aber auch das Gefühl der politischen und wirtschaftlichen Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft zu kaschieren.

Unsere Mindestforderungen sind:

- die rechtliche Ahndung und konsequente Bekämpfung des Alltags- und des institutionellen Rassismus;
- die Einrichtung von Antirassismus- und Antidiskriminierungsstellen zur Untersuchung und Dokumentation des Rassismus auf allen Ebenen der Gesellschaft und zur Beratung und Unterstützung von Opfern rassistischer Gewalt und Diskriminierung;
- Aufklärung und antirassistisches Training in den Schulen und staatlichen Institutionen wie Polizei und Verwaltungen und für Medienschaffende;

Darüber hinaus fordern wir:

- ein klares Bekenntnis zur ethnischen, kulturellen und religiösen Vielfalt der Gesellschaft;
- den Ausbau der Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation ein- und zugewanderter Menschen durch Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige und erleichterte Einbürgerung durch allgemeine Akzeptanz der Mehrstaatlichkeit, sowie Einrichtung und Einbeziehung von Migrantenvvertretungen auf der Ebene der Kommunen, Länder und des Bundes;
- eine aktive Gleichstellungs- und Integrationspolitik;
- eine soziale Politik, die verhindert, dass Teile der Bevölkerung durch Armut ausgegrenzt werden.

**Denn Rassismus passt nicht zu unserer demokratischen Gesellschaft!**